

Bestellt täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage, und kostet in Mainz in's Haus gebracht vierteljährlich 2 R. 10 Pf.; monatlich 70 Pf.; durch die Post bezogen: vierteljährlich 3 R. 25 Pf., ohne Postgebühren. Samstags wird das Sonntagsblatt zur Unterhaltung und Belehrung gratis beigegeben.

Mainzer Journal.

Ersetzt die fünfzehnjährige Zeitung des Herrn Reichens in Mainz. Inhaber nehmen außer der Expedition die Annoncenverwaltung an. Literarische Anzeigen besorgt die Buchhandlung von Dr. Reichens in Mainz. Redaction und Expedition: „Stadthausstraße 16.“

Nr. 4.

Samstag den 5. Januar 1854.

37. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Bestellungen auf das „Mainzer Journal“ mit der Gratis-Beilage; „Sonntags-Blatt zur Unterhaltung u. Belehrung“ für das erste Quartal 1854 werden fortwährend bei allen Postämtern und in Mainz bei der Expedition (Stadthausstraße 16.) entgegengenommen.

Deutsches Reich.

* Berlin 4. Januar. Aus der Diöcese Hildesheim wird der „Germania“ geschrieben: „Die Nachricht von der Aufhebung der Sperre in unserer Diöcese ist begründet von Aemtern und Volk mit Befriedigung und Freude entgegen genommen worden. Rühmlich werden sich auch die lange verschlossenen Jesuiten der bischöflichen Paläste wieder öffnen, und es mag erhofft werden, daß dem hochwürdigsten Bischof Wilhelm die bischöfliche Curie sich endlich an demselben Tage wieder erschließen hat, an welchem bereits vor nunmehr zwölf Jahren, am 31. December 1871, in Gegenwart des damaligen Oberpräsidenten von Hannover, Graf Stolberg-Ternitz, die Consecration empfing und in dem bischöflichen Palaste die würdevollen Angehörigen aus seinen Diöcesen entgegen nahm. Die Summe übrigens, welche durch die langjährige Sperre der Geistlichkeit der Hildesheimer Diöcese vorbehalten worden ist, erreicht eine ganz bedeutende Höhe. Möglicherweise in Summa gegen 170,000 Mark aus dem Hildesheimer Bisthum einbehalten worden, nach also seit dem Jahre 1875 gegen 1,400,000, schreibe eine Million vierhunderttausend Mark! Der unter dieser Sperre, abgesehen von der zunächst durch sie betroffenen Geistlichkeit der Diöcese Hildesheim, noch außerdem gelitten hat, das können die Gewerbetreibenden, die Kaufleute und namentlich die Armen in Stadt und Blüthen Hildesheim erzählen. In den letztgenannten Kreisen gerade hat man denn auch, weil die Höhe der haarküchentlich einbehaltenen Gelder überall wohl bekannt ist, oft genug die Frage aufgeworfen: „Was geschieht denn nun mit den anderthalb Millionen Mark gesperrter Gelder?“ Und mit den 14 Millionen, welche aus den übrigen Diöcesen sich aufgesammelt haben?“

Man schreibt der „Germania“ über eine freimaurerische Bestrebungen aus der westfälischen Diöcese: „Bismarck sammelt bei aus Vögen in Baden herbeigekommene, nach und nach aber ganz Deutschland verbreitete „liberale“ Verein zur Gründung von Simultanfakultäten, genannt die „Reichsrechtsschule“, jährlich große Summen zu genanntem „edlen“ Zwecke. Im vorigen Jahre sollen nicht weniger als circa 200,000 Mark zusammengekommen sein. Die „Ober- und Unter-Rechtswissenschaft“, das Publikum um milde Gaben „ansehen“, in öffentlichen Gesellschaften und Vorträgen „entreprisen“, sind fast nur aus den Reihen erzogener Liberalen und Vordenker entnommen. Aber richtig sind diese Leute, und können wir Katholiken darin Vieles von ihnen lernen. — Von dieser großen „Reichsrechtsschule“ hat sich nun kürzlich eine besondere Bestrebungen für den Oberberg- und Bergbau „abgetrennt“, deren Centralstelle in Bochum ihren Sitz haben soll. Diese hat zunächst den nieder- rheinisch-westfälischen Industriebezirk zum Felde ihrer Wirksamkeit erkorren. Als nächstes Ziel ist die Errichtung von fünf confessionellen Maschinenfabriken in Dortmund, Essen, Bochum, Steele und Witten bezeichnet, und zwar für die nächsten fünf Jahre. Eine solche Regalmittel der Liberalen sollte endlich auch die Katholiken derselben obigen Städte, wo noch keine katholischen Maschinenfabriken existieren, wo aber schon lange ohne Erfolg darüber berathschlagt wird, aufstellen, daß sie sich doch endlich zur That ermannen. Kommen ihnen die „Liberalen“ zuvor, so sind natürlich die Wünsche auf Errichtung katholischer Maschinenfabriken sehr geschwunden; möge übrigens jeder Katholik die Liberalen „Beschreiber“ ablaufen lassen, wie sie es verdienen.“

* Hofen 4. Januar. Der „Kurier von Mainz“ bezieht aus besser Quelle eine vollständige Nachricht, wonach man in letzter Zeit die Frage eines Coburg's für das Erzstiftum Mainz und Bistum Mainz hat. Der vom heiligen Stuhl in Aussicht genommenen, selber schon von einem anderen Bischof vorgeschlagene Candidat wurde von der preussischen Regierung nicht als persona grata anerkannt. Unter den von der preussischen Regierung propozirten Candidaten soll sich kein Deutscher befinden.

* Aus Schellen 3. Januar. Laut der „Schiff. Wochens.“ ist ein Restpost der königlichen Regierung zu Oppeln in Beobachtung eingegangen, wonach die von den höchsten Behörden beschlossene Auflösung der dortigen Simultanfakultät durch die genannte Aufhebungsbehörde genehmigt ist. — Am 30. v. M. hielt Dr. Duene in Neustadt eine Besammlung der schlesischen Bauernvereine ab, die sehr zahlreich besucht war. Dr. Duene führte aus, in Neustadt habe vor ungefähr zwei Jahren die Woge des Vereinswunsches, und es gerade ihm zur Freude, davon Mittheilung machen zu können, was aus dem Rinde geworden ist. Die Zahl der Mitglieder ist seit der Gründung erheblich gestiegen und betrug im ersten Jahre gegen 7000; gegenwärtig habe indeß in schlesischen Provinzen eine Verminderung stattgefunden. Der Kreis Neustadt zählt allein gegen 1700 Mitglieder; dann folgen die Kreise Reiss und Neobühl, in denen die Zahl der Mitglieder stetig wächst. Vor etwas länger als zwei Jahren hat hier eine Versammlung stattgefunden, in welcher der Beitritt zum Verein warm empfohlen worden und die Vortheile desselben zur näheren Erweiterung genommen sind. Die gegenwärtige Besammlung habe den Zweck, das bereits früher Gesagte weiter auszuführen. Coburn ergriß Dr. Wittmeyer Döhner (Wodensow) das Wort, um aber das Beschlusses zu referiren. Bereits in der letzten Monats-

schrift sei Mittheilung gemacht worden von den erfreulichen Fortschritten des Vereins in dieser Beziehung. Es seien bereits 2500 Anträge gestellt worden, der vom Verein empfohlenen Provinzial-Gründer-Verein beizutreten. Coburn empfahl er im eigenen Interesse eines jeden, die Versicherung der Forderungen rechtzeitig bewirken zu wollen. Die Norddeutsche Hagel-Versicherungsgesellschaft der Vereinigungsglieder 2 Prozent; dieser Betrag erlaube ihnen zu gering, doch unentbehrlich es keinem Zweifel, daß die Versicherungsgesellschaft bei großer Theilnahme auch mehr Vergünstigungen gewähren würde. Redner empfahl der Besammlung den westfälischen Bauernverein als Muster, der auch hierin großes erreicht. Ein besonderer nicht zu unterschätzender Vorzug der genannten Hagel-Versicherung sei der, daß bei Regulierung von Hagelbeschaden Vereinsmitglieder zugezogen würden. Schließlich ersuchte er die Ausführenden, die Aufstellung der Listen über die Versicherten zu beschleunigen. Dr. Baron v. Duene hielt Johann einen orientirten Vortrag über die Familiengütererbennungen. Derselbe bezog, die Werbung in der Familie zu erleichtern, und verbande ihr Entstehen dem westfälischen Bauernvereine. Wollte ein Bauer sein Gut einem seiner Kinder vererben, so könne dies geschehen ohne ein besonderes Testament; der Erblasser brauche nur sein Gut in eine vom Amtsgerichte geführte Rolle (Höfrolle) eintragen zu lassen und erpäre sich dadurch alle Kosten für Stempel u. S. w. Sollte der Erblasser später anderen Sinnes werden, so genüge ein einfacher Verfügungstrag, um die frühere Bestimmung wieder aufzuheben. Dem Erblasser steht hierbei auch das Recht zu, jedem beliebigen Gliede seiner Familie zu vererben. Bei Verantwortung der Frage zu welchem Preise der Erben das Gut angetreten werden solle, bemerkt Redner, daß der in der erwähnten Rangfolgeordnung angenommene vierjährige Grundsteuer-Beitrag nicht überall maßgebend sein könne; nach seinen gemachten Erfahrungen sei dieser Satz beispielsweise in der Nähe von Reife als viel zu niedrig und in einer im Großhändlerkreise häufigen Bestimmung als viel zu hoch bezeichnet worden. Dr. Landrats Dr. v. Wittenburg erklärte zunächst, wie der Grundsteuer-Beitrag geltend werden wird, und erglänzte die Grundsteuer als seinen guten Rath. Redner erklärte dies an einigen Beispielen aus dem hiesigen Kreise, wo die Grundsteuer sehr verschieden und der Werth der Grundstücke nicht in entsprechendem Verhältnisse ist. Als einen der wunderlichsten Punkte der Landtrichtheitsgesetzgebung bezeichnet Redner Johann die Auszüge oder Altemesse, und sprach sich hierüber des Weiteren aus. Nachdem auch noch der Vorstehende hierzu sich geäußert, sprach Dr. Landrats Dr. v. Wittenburg über die Provinzial-Hilfskasse und die Kreisparlamente. Im Anknüpfen an diese Ausführungen empfahl Dr. Landrats Dr. v. Wittenburg der Besammlung dringend, nicht zu viel Credit zu beantragen; es sei oft besser, die Ausführung eines Vorhabens zu unterlassen. Bei größeren Auszahlungen, wenn die ganze Schuldenlast geändert werden solle, sei die Landtrichtheitsgesetzgebung; wenn es sich dagegen um kleinere Summen handele, die am Orte befindlichen Klassen. Die hiesige Kreisparlamente sei in der Lage, binnen drei Monaten Darlehen bis 10,000 M. zu gewähren. Auch werde von der hiesigen Kreisparlamente den Darlehensnehmern das Geld zum Zinsfuß von 4 1/2 pCt. unter der Voraussetzung überlassen, daß ruhige Zeiten blieben und die Zinsen pünktlich gezahlt werden. Von dem gezahlten Zinsen werden dem Schuldner in ein besonderes, mit dem Vermerk „Gesperre“ versehenes Buch 1 1/2 pCt. als Amortisation gutgeschrieben. Redner hob es noch dahin zu bringen, daß nicht mehr der Schuldner, sondern vielmehr der Gläubiger Recht der Kündigung des Kapitals zu haben brauche. Man möge aber von der Kreisparlamente nicht allzu viel erwarten und solle einen Gläubiger, der anständig und rüchsigkeitsvoll ist, behalten, auch wenn man ihm 5 pCt. zahlen müßte. Der Vorstehende bestätigte, daß die Vereinsmitglieder die gleichen Ansichten vertreten. Dr. Landrats-Abgeordneter Wegner hielt hierauf die Anfrage, ob der Dr. Vorstehende nicht die neue Zug-Ordnung zur Diskussion stellen wollte, es würde ihm dies bei der bevorstehenden Beratung des Gesetz-Entwurfs als Information dienen. Der Vorstehende sprach sein Bedauern aus, diesem Wunsche nicht nachgeben zu können, weil die Verhandlungen schon geraume Zeit in Anspruch genommen hätten und für die Besprechung dieses wichtigen Gegenstandes niemand vordereit sei. Darauf sprach er seinen Dank für das sehr interessante Gehörten aus und drückte beim Schluß des Jahres sowohl dem Verein als auch seinen Mitgliedern die besten Wünsche zum Ausdruck. Mit einem Hoch auf den Hrn. Baron v. Duene wurde die Versammlung geschlossen.

* Culin 3. Januar. Ein Freund des „Westf. Wochens.“ macht auf eine für polnische Pfarren höchst traurige, bisher aber unerses Wissens gar nicht beachtete Schlimme Folge des Culturkampfes aufmerksam. Derselbe schreibt: „Bekanntlich ist die Zahl der in der Diöcese Culin vorhandenen rein deutschen Seelsorgerstellen eine verhältnißmäßig geringe. Sachkenner werden wissen, daß in all diesen Stellen die Kenntniss der Polnischen für jeden Seelsorger theils notwendig, theils sehr nützlich ist. Alle Dilettanten, welche dem geistlichen Stande sich zu widmen gedachten, hätten früher im Alerisals-Seminar zu Pöplitz einigemaligen Gelegenheit, unter Voraussendung eines andauernden Fleißes sich wenigstens nothdürftig für die Anfertigung in polnischen Pfarren vorzubereiten. Diese Gelegenheit zur Vorbereitung mochte ja mangelförmig gewesen sein, aber sie war den deutschen Theologen vollständig abgesehen, nachdem das Seminar im Jahre 1876 geschlossen worden. Wer hätte nun, abgesehen von den allgemeinen Schäden, den größten Nachtheil von dieser Culturkampfmaßregel? Die eingeborenen deutschen Theologen unserer Diöcese! Diese hatten die Mittel, einer weit größeren Anzahl wurden von der Discretionsverwaltung die Mittel gewährt, an deutschen Universitäten und theilweise in Rom ihre Studien zu vollenden. Die Betroffenen wurden gelegentlich

außerhalb Preußens namentlich in Bayern in der Seelsorge verwendet und haben dieselben namentlich insoweit, als sie wirklichen Beruf zum Priesterstande an den Tag legten, eine dankbare Anerkennung gefunden. Aber — das Studium der polnischen Sprache müßte schon wegen Ueberladung mit anderen Arbeiten bei Seite gelassen werden. Wie viele werden a. B. in Bayern, wo sie täglich so und so viel Schulstunden zu absolviren hatten, so und so viele Krankenbesuche machen und so und so viel Filialkirchen besuchen müssen, wogegen, Alles zu Fuß, dann noch Zeit und Lust zum Polnischen übrig behalten haben? Ich wollte nur so beiläufig darauf hinweisen, daß trotz aller gegenwärtigen Versicherungen die Consequenzen des Culturkampfes selten so bitter empfunden werden, als gerade von den deutschen jungen und alten Geistlichen unserer Heimatdiöcese. Derselbe Uebelstand macht sich auch in Obereschlesien geltend, wo man leider gezwungen ist, in polnischen Pfarren Vicare mit höchst geringen Kenntnissen im Polnischen anzuweisen. Den größten Nachtheil werden in diesem Falle nicht die Geistlichen, sondern die Gemeinden tragen, denen die erforderliche Seelsorge fehlt.“

* Aus der Gifel 4. Januar. Wie bereits kurz erwähnt, hat nicht geringes Aufsehen eine Mitttheilung gemacht, welche über die Gründung von Darlehenscassen in der Gifel handelt und ein Schreiben des Landrats v. Demig an die Geistlichkeit enthält, das in folgenden Worten gelfest: „Wenn ich mich an Euer Hochwürden mit der Bitte wende, sich sowohl der Gründung fraglicher Cassen anzunehmen, wie auch, dieselben nach ihrer Konstitution zu überwaachen, so bemenge mich dazu folgende Gründe: 1) Derselbe Niemand mehr in dem Reichthum, das weidmässig die Grenze einer Genossenschaft abgibt, das Vertrauen der Eingeweihten, wie Euer Hochwürden. Es handelt sich aber in erster Linie darum, das Vertrauen der Leute zu überwinden; 2) Rann die Ueberwachung und Leitung des Vereins von Niemandem besser und eingehender vorgenommen werden, wie von dem Geistlichen, welcher an Ort und Stelle wohnt; 3) Gibt es meiner Ansicht nach überhaupt auf dem Lande keine anderen Personen, die zu dem Ende eines Vorstehenden geeigneter wären. Außerdem gelte ich mich die Ansicht auszusprechen, daß Niemand mehr besorgen sein dürfte, für die das gelfigste Wohl bedingende materielle Wohlthat der Eingeweihten zu sorgen, wie der Geistliche. Ich beziehe mich hierbei auf eine Unterhaltung mit dem Herrn Bischof, der darin i. Z. eine gleiche Auffassung zu erkennen gegeben hat.“

* Fulda 4. Januar. In Folge des letzten kirchen-politischen Gesetzes, welches die Werbung der Kaplanen freilag, haben in unserer Diöcese einige Seelsorgerstellen wieder besetzt werden können. Die Zahl der erledigten Pfarren beträgt 20, die Zahl der vollständig verwaisten Pfarren 14. Das neueste Directorium gibt die Seelenzahl der Angehörigen der Diöcese auf 150,556 an, die von 176 Pfarren in 97 Pfarren parforirt werden. Sobald für die jüngeren Geistlichen die Dispense gegeben ist, werden noch etwa 15 Kaplanen besetzt werden können: für die Seelsorge, der es so sehr an Arbeitern fehlt, ein großer Gewinn.“

* Kilmburg 4. Januar. In unserer Diöcese sind jetzt 48 Pfarren verwaist durch den am 31. December Abends erfolgten Tod des hochwürdigsten Herrn Pfarrers O. t. h. in Laufensleben, Decanal Langenswaldbach. Der Selige, im 55. Lebensjahre stehend, starb an Lungenerkrankung, in Folge einer äußerst mäßigen Kälte in der 2 Stunden entfernten Pfarre Schönau. Von den 9 Pfarren des Decanals Schönau sind jetzt Rest, Rastlitz, St. Goarshausen a. Rh. und Laufensleben verwaist. Die Pfarre in Schönau und Glacbach sind krank, und in Bad Schönau steht der Kaplan. Wann werden den 48 Pfarren wieder einmal definitive Pfarren und Allen ausreichende Seelsorge werden?“

* Münden 4. Januar. In der Abgeordnetenversammlung begann heute die Specialdebatte über die Hagederliche Regierungsvorlage. Herrmann zog seinen Antrag, die vom Staate selber gelfestete Dotation auf 6 Millionen Mark zu erhöhen, zurück, um das Gesetz nicht zu gefährden. — Bergheim vertheidigt in Japsendorf Pfarre Raß, früherer Landtagsabgeordneter und eifriger Anhänger der sog. extremen Partei.

* Stralsburg 4. Januar. Der Reichsdirector Blech in Rastlitz, welcher im vorigen Jahre am Grabe Gambetta's die Hoffnung auf Wiedererrichtung von Gelfg-Vorhängen mit Frankreich ausbrach, und der pensionirte französische General Grouvel sind aus dem Reichsland ausgewiesen worden. Die Angelegenheit erregt das größte Aufsehen.

Oesterreich-Ungarn.

* Wien 2. Januar. Die Wiener Polizei hat sichere Nachrichten, daß die abscheulichen Scenen gegen den Redemptoristen P. Hammerle in der Johannistliche des Bezirks Favoriten am 30. v. M. nur ein einzelnes Glied in einer Reihe von ähnlichen Vorfällen sind. Sie ist darum wegen der anarcho-politischen Wirbeln in der Umgebung Wiens nicht ohne Besorgnisse. Auch an das Honorarvorsteher Polizeicommissariat sind Drohbrieffe gelangt, in Folge welcher ein sehr anstrengender Wachdienst angeordnet wurde. Aber was hilft es, die Mächten abzuschlagen, wenn die Wurzel des Uebels im Boden gelassen wird? Der europäische Anarchismus ist genau dasselbe, wie der russische Nihilismus, nämlich die liberale Schulwissenschaft. Seit länger als 14 Jahren ist auch unser Schulwesen liberalisirt, nun zeigen sich die Früchte der Reuchgüte. Wird unser exliberaler Unterrichtsminister nicht bald hinfällig werden? Wird die liberale Bourgeoisie und ihre Vertreter im Reichsthe sich zu christlichem und katholischem Schulwesen belehren? Nimmermehr! Auf diese Weise gehen alle „modernen“ Staaten einer schmerzlichen Zukunft entgegen.

— Es ist bekannt, daß sehr viele Flugblätter, welche der modernen Anarchie das Wort reden, in den Kreisen d. Reichthümer Arbeiter Eingang gefunden haben und trotz

